

Otte hofft auf Vernunft der SPD-Basis

CDU-Bundestagsabgeordneter: Union hat in Koalitionsverhandlungen wichtige inhaltliche Schwerpunkte setzen können

CELLE. Als „guten Kompromiss für die Stabilität unseres Landes“ hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte aus Eversen den Entwurf für den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD bezeichnet. Die Union habe wichtige inhaltliche Schwerpunkte setzen können. Die Verhandlungen, an denen Otte als verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilgenommen hatte, seien langwierig und nicht immer einfach gewesen.

„Ein für meinen Wahlkreis im ländlichen Raum dringliches Thema bleibt die Digitalisierung“, erläuterte Otte. Bis 2025 soll es flächendeckend schnelles Internet mit Gigabit-Netzen geben, dafür soll ein Fonds von 10 bis 12 Milliarden Euro sorgen. „Dieser finanzielle Aufwuchs muss

auch für die bereits begonnenen Projekte gelten“, fordert der Christdemokrat.

Im Umgang mit dem Wolf habe die Sicherheit der Menschen oberste Priorität. Otte: „Wir werden die EU-Kommission auffordern, den Schutzstatus des Wolfs zu überprüfen, um die notwendige strikte Bestandsregulierung herbeiführen zu können. Unabhängig davon wird der Bund mit den Ländern einen geeigneten Kriterien- und Maßnahmenkatalog zur Entnahme von Wölfen entwickeln. Dazu erarbeiten wir mit der Wissenschaft geeignete Kriterien für die letale Entnahme. Wir wollen, dass Wölfe, die Weidezäune überwunden haben oder für den Menschen gefährlich werden, entnommen, also geschossen werden.“



Henning Otte

Zum Kompromiss beim Flüchtlingsnachzug erklärte der CDU-Politiker: „Erst von August an dürfen auch subsidiär Schutzberechtigte wieder Angehörige nach Deutschland nachholen, allerdings begrenzt auf bis zu 1000 Menschen pro Monat. Hinzu kommt eine bereits bestehende Härtefallregelung. Das entlastet erst einmal

unsere Kommunen und beschleunigt hoffentlich die Integration von Menschen mit Bleibeperspektive.“ Vereinbart sei auch, gezielt Fachkräfte nach Deutschland zu holen. Ein neues Regelwerk soll den „Bedarf unserer Volkswirtschaft, Qualifikation, Alter, Sprache sowie der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts“ berücksichtigen.

Zudem wird im Koalitionsvertrag festgehalten, dass der Solidaritätszuschlag schrittweise wegfallen soll – in dieser Wahlperiode mit einem „deutlichen ersten Schritt“, der rund 90 Prozent der Zahler voll entlastet. Die Bürger sollen nicht mehr Steuern zahlen als notwendig.

Um Anreize für mehr Wohnraum zu schaffen, soll

der Vereinbarung zwischen Union und SPD zufolge ein Baukindergeld eingeführt werden – 1200 Euro pro Kind und Jahr über zehn Jahre. Die Förderung soll es Familien erleichtern, Wohneigentum zu schaffen oder zu kaufen. Auch über 2019 hinaus will der Bund Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau stecken. Über eine Reform der Grundsteuer soll zudem mehr Bauland zur Verfügung gestellt werden.

Das Rentenniveau soll bis 2025 nicht unter 48 Prozent fallen, der Beitragsatz soll nicht über 20 Prozent steigen. Für die Zeit danach soll eine Rentenkommission eingerichtet werden. Müttern, die vor 1992 drei oder mehr Kinder geboren haben, soll auch das dritte Jahr Erziehungszeit angerechnet werden.

Zur Gesundheitspolitik sagt Otte: „Die von der SPD geforderte Bürgerversicherung konnte verhindert werden, aber die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sollen von 2019 an wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt werden. 8000 neue Pflegefachkräfte, eine Ausbildungsoffensive und Anreize für mehr Vollzeit sollen die Personalsituation entspannen.“

Der Koalitionsvertrag sei so lange nur ein Teilerfolg, bis die Mitglieder der SPD diesem zugestimmt haben. „Nach dem langen Taktieren der Sozialdemokraten im Bund bleibt zu hoffen, dass ihre Mitglieder mit Weitsicht und Vernunft eine schnelle Regierungsbildung ermöglichen“, sagte Otte. (og)